

Oberbürgermeister Boris Pistorius:

Handgiftenrede am Montag, 3. Januar 2011, Friedenssaal

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Mitglieder des Landtages und des Bundestages,
sehr geehrter Herr Landrat Hugo,
verehrte Ehrenbürger, Möser- und Bürgermedaillenträger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst wünsche ich Ihnen sowie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ein gutes und friedliches neues Jahr.

Wir wissen nicht, was uns dieses Jahr bringen wird, wir können nur mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass es wieder Überraschungen parat hält, die keiner erwartet, auf die sich keiner vorbereiten kann und mit denen wir trotzdem klar kommen müssen.

So war und so wird es in jedem Jahr sein. Und gerade diese Unberechenbarkeit fordert uns heraus und macht unsere Aufgabe so interessant – sogar „spannend“, um dieses ein wenig abgenutzte Modewort zu gebrauchen.

Aber Überraschungen müssen ja nicht immer schlecht oder sogar katastrophal sein. Ganz im Gegenteil: es gibt auch gute Überraschungen, über die wir uns freuen können, die unsere Laune aufhellen und uns optimistisch stimmen können. Dann können wir auch vor uns liegende Probleme einfacher lösen.

Eine solche Überraschung, die noch vor kurzem keiner für möglich gehalten hätte ist, dass die Arbeitslosenzahlen bundesweit aber auch in unserer Region deutlich gesunken sind. Und dass ein Anstieg an freien Stellen verzeichnet werden kann, ist auch eine gute Überraschung. Der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften ist zugleich hoch. Für Jugendliche bedeutet dies:

sie können heute wieder mit besseren Aussichten ihre Ausbildungen absolvieren: auch das ist eine positive Überraschung!

Wer heute zielstrebig ist, hat gute Chancen – auch das ist eine positive Überraschung!

Wer die Möglichkeiten unseres sicherlich verbesserungswürdigen und –fähigen Bildungssystems nutzt, der kann es wieder zu etwas bringen. Anstrengung, Einsatz und Engagement lohnen sich, bringen voran und eröffnen Perspektiven.

Und auch dass unsere Wirtschaft wieder stärker exportiert, deutsche Produkte also wieder gefragter sind, ist eine Nachricht über die wir uns freuen können.

In diesem Sinne hatte das „Handelsblatt“ kurz vor Weihnachten gefragt „Warum Deutschland gut gerüstet ist“ und die Antwort gleich mit geliefert:

„Viele Schwellenländer ziehen an den klassischen Industriestaaten vorbei.

Aber gerade Deutschland hält in dem Wettlauf besser mit als Japan oder die USA. Denn die deutsche Industrie bietet genau die Produkte, die die Schwellenländer jetzt brauchen.“

Darauf können wir stolz sein. Und dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß:

Wir werden auch in diesem Jahr gemeinsam über den richtigen Weg fair und sachorientiert streiten. Und das müssen wir.

Dabei werden wir das uns verbindende gemeinsame Ziel, nämlich das Wohl der Stadt Osnabrück, im Auge behalten.

Für dieses Ziel brauchen wir die Kompetenz der Mitwirkenden, derjenigen, die Verantwortung übernehmen und ihre Kompetenzen einbringen.

Wir brauchen aber auch die Konkurrenz der Meinungen.

Nur so können wir den entsprechenden Meinungsbildungsprozess im Auftrag unserer Bürgerinnen und Bürger gestalten.

Das ist schwerer, als uns bisweilen lieb ist – zumal die Zahl der Faktoren, die bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden muss, eher größer als kleiner wird.

In unserer Zeit werden das technisch Machbare, das Mögliche und Wirkliche fast so angebetet wie ein Heiligtum. Umso mehr ist gefragt, was in unserer Zeit kaum noch Aufmerksamkeit erregt: Der gesunde Menschenverstand und die Lebenserfahrung.

Gerade in unübersichtlichen Situationen können beide Eigenschaften den inneren Kompass ausrichten und für die nötige Orientierung sorgen.

Dabei können weder gesunder Menschenverstand noch Lebenserfahrung delegiert werden. Sie müssen immer von der entsprechenden Verantwortung für das eigene Handeln begleitet werden.

Bei allem, was wir machen, ist aber eins wichtig, dass wir auf unserem Weg trockene Füße behalten und Hase und Düte dort bleiben, wo sie hingehören, nämlich in ihr Bett. Aber wir haben auf ihre Wassermenge doch nur wenig Einfluss – den aber müssen wir nutzen, um den Anwohnern möglichst vollgelaufene Keller zu ersparen.

Anhaltende Regenfälle in bisher kaum gekanntem Ausmaß zwangen uns dann aber im August erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg hier bei uns in Osnabrück den Katastrophenfall auszurufen.

Trotz aller Schäden darf ich wohl behaupten, dass die Stadt insgesamt einigermaßen glimpflich davon gekommen ist. Und dies besonders deshalb, weil keine Menschen verletzt wurden. Dennoch haben uns diese Tage im August des vergangenen Jahres zwei Dinge sehr deutlich gemacht: die Auswirkungen unseres menschlichen Handelns und eben auch die Grenzen unseres Handelns.

Die Auswirkungen, weil man ja ziemlich sicher davon ausgehen kann, dass solche Überschwemmungen Ursachen haben, die mindestens auch bei uns Menschen liegen. Die Grenzen, weil wir solchen Geschehnissen dann ziemlich hilflos ausgeliefert sind. Eines haben jene Tage aber auch gezeigt: Wenn es darauf ankommt, sind alle füreinander da.

Nachbarn haben einander geholfen, Junge haben Alte, Alte haben Junge unterstützt, Bundeswehr, Feuerwehr, Hilfskräfte, Rotes Kreuz, THW und andere Hilfsorganisationen haben einen tollen Job gemacht. Zahlreiche Unternehmen haben mit ihrem Knowhow alles getan, was getan werden musste, damit die Katastrophe nicht noch größere Schäden anrichtet. In dieser Notsituation hat die Solidargemeinschaft funktioniert: Ohne Appelle und Aufforderungen waren einfach alle füreinander da.

Daher möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und bei allen, die beruflich und ehrenamtlich geholfen haben, bedanken. Das war wirklich beeindruckend!

Und da war es eine kleine Geste der Stadt, dass der OsnabrückerServiceBetrieb in den folgenden Tagen den Sperrmüll kostenlos abgeholt hat.

Aber auch diese Mitarbeiter hatten dann mit dieser kleinen Geste ziemlich viel zu tun, so dass ich mich an dieser Stelle auch bei ihnen herzlich bedanken möchte.

Das solidarische Engagement jener Tage kann vielleicht als Einspruch gegen ein Stichwort aufgefasst werden, das seit einigen Monaten durch die Öffentlichkeit geistert. Ich meine die sogenannte „neue bürgerliche Protestkultur“, über die Johan Schloemann im November in der Süddeutschen süffisant bemerkt hat – ich zitiere:

„Mit wohliger Faszination hat man sie in den letzten Monaten beobachtet, und inzwischen ist sie schon zu einer festen Form geworden: die „neue bürgerliche Protestkultur“.

Am Hauptbahnhof in der verbauten Stuttgarter Innenstadt und an anderen Konfliktstellen des Landes soll sie plötzlich entstanden sein. Schließlich stellt er fest:

„Manche... sind bereit, spießigen Anwohnerwiderstand und partikuläre Interessenvertretung mit der Sorge um das Gemeinwohl zu verwechseln und gerne in Kauf zu nehmen, dass sich plumpe antipolitische Ressentiments bis in die Mitte der Gesellschaft fressen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, „Anwohnerwiderstand“ ist selbstverständlich nicht per se spießig. Man kann sich höchstens die Frage stellen, ob Opposition in einer Sache und Widerstand dieselben Dinge sind. Ich habe da meine Zweifel.

Die Fragen, Sorgen und Befürchtungen, die beispielsweise von den Anwohnern der Limberg-Kaserne geäußert werden, halte ich für legitim.

Allerdings glaube ich auch, dass der in dem zitierten Artikel angedeutete Vertrauensverlust in unsere politischen Institutionen auch in Osnabrück sehr ernst genommen werden muss. Denn es ist schon merkwürdig:

Ich persönlich hatte einige Anwohner des Kasernengeländes in der Dodesheide zu einem Gespräch eingeladen.

Dieses Gespräch hinterließ bei mir den Eindruck, dass die Missverständnisse ausgeräumt werden konnten.

Das Misstrauen gegen Politik und Verwaltung scheint sich aber in einer Art und Weise verselbständigt zu haben, die die vereinbarten Ergebnisse solcher Gespräche gleich wieder anzweifeln lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
was uns, die wir die demokratische Kultur repräsentieren, wirklich bewegen muss, ist das spürbare antipolitische Ressentiment in der Mitte der Gesellschaft.

Wir können mit und ohne den Stuttgarter Sackbahnhof leben, wir können auch mit oder ohne Oberschule leben, wir können auch mit oder ohne die Umweltzone leben. Nicht lange leben können wir mit dem genannten antipolitischen Ressentiment. Es schnürt uns die Luft ab, die wir alle zum Atmen brauchen.

Wenn diejenigen, die wir repräsentieren, sich genervt oder auch gelangweilt von uns abwenden, dann können wir uns nur noch mit uns selbst beschäftigen - und das kann weder für unsere Demokratie erstrebenswert sein noch für uns selbst.

Ob wir verlorenes Vertrauen wieder gewinnen können, hängt ja nicht nur von uns ab. Aber eben aber auch von uns:

Gerade im Jahr der Kommunalwahl haben wir die Karten in der Hand, durch einen für die Wähler nachvollziehbaren Umgang mit den Themen und miteinander etwas für die demokratische Kultur in unserem Land, in unserer Stadt zu tun.

Dabei sollten wir sehr genau auswählen, welche Kritik wir uns annehmen und welche wir zurückweisen.

Meine Damen und Herren,

mir ist der Mut, gelegentlich auch falsch zu entscheiden - ganz im Sinne des vorhin beschriebenen gesunden Menschenverstandes - sympathischer als die wohlfeilen, oft nur bewertenden und kritisierenden Kommentare derjenigen, die hinter der Bande stehen.

Wie beweglich die Dinge bisweilen sind, zeigt die Entscheidung über die Sanierung der Schlosswallhalle.

Der Rat hatte zunächst entschieden, zuerst die Schlosswallhalle und anschließend die Halle am Carolinum zu sanieren.

Danach hatte sich dann herausgestellt, dass die Schulen doch in der Lage sind, ein Jahr ohne Sporthallen zu überbrücken, so dass der Rat im Dezember auf dieser Grundlage erneut beschlossen hat: Nun können die Bauarbeiten an der Halle am Carolinum früher beginnen.

Meine Damen und Herren, angesichts der Haushaltssituation fällt es uns alles andere als leicht, beide Investitionen durchzuführen.

Andererseits ist dieses Thema aber ein gutes Beispiel für die Zwangslage, in der wir uns befinden:

Wir müssen investieren, obwohl wir eigentlich nicht können. Und um diesen Gegensatz zwischen „müssen“ und „können“ zu überbrücken, borgen wir uns Geld aus der Zukunft, um denen den Weg in die Zukunft zu bereiten, die, wenn sie älter sind, die Schulden aus ihrer Vergangenheit begleichen müssen. Wir sitzen also in der Falle.

Eigentlich dürften wir aufgrund unserer Finanzsituation diesen Weg nicht gehen, andererseits würden wir aber fahrlässig und unverantwortlich handeln, wenn das Ratsgymnasium und das Carolinum ihren Sportunterricht auf Dauer einstellen müssten. Ganz abgesehen von den Schäden, die unser Vereinssport erleiden würde. Also beißen wir in den sauren Apfel und investieren heute für die Zukunft der späteren Erwachsenen auf Kosten eben derselben, die in jener Zukunft leben.

Das ist die Not, die die Situation aller Kommunen in Deutschland prägt.

Und wir werden uns aus dieser Situation allein ohne einen gerechten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht heraushelfen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle aus einem früheren Zeitungsinterview wie folgt zitieren:

"Die Finanzreform oder besser der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, hätte schon vor Jahren in die Wege geleitet werden müssen. Alle Städte und Gemeinden haben sich aufgrund dieses Versäumnisses in erheblichem Maße verschuldet, um die dringendsten Aufgaben durchführen zu können. Wenn die Bundesregierung nicht sehr bald eine tragbare Lösung findet, werden die Städte und Gemeinden schon in den nächsten Jahren nicht mehr in der Lage sein, ihre Pflicht den Bürgern gegenüber so zu erfüllen, wie es erwartet wird." Ende des Zitats!

Meine Damen und Herren, dieses ist der Auszug eines Interviews des ehemaligen Oberstadtdirektors Dr. Joachim Fischer in der damaligen Freien Presse aus dem Jahre 1965, also vor 45 Jahren.

Aber das Schöne ist: wir leben noch und trotz aller Wehklagen geht es uns im Vergleich zu fast allen anderen Ländern dieser Welt eigentlich - und nicht nur eigentlich - gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
nach diesem Ausflug in die Vergangenheit möchte ich aus Überzeugung darauf hinweisen, dass auch in Osnabrück die Politik besser ist als der Eindruck, den das Lamentieren derjenigen hin und wieder erzeugt, die keine Verantwortung für das Allgemeinwohl haben: So mag es für Nicht-Osnabrücker überraschend gewesen sein, für uns aber selbstverständlich schon lange absehbar, dass ein Osnabrücker im vergangenen Jahr zum Bundespräsident gewählt werden würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung zur Schulentwicklung in unserer Stadt: Der Start der IGS in Eversburg gehörte aus meiner Sicht eindeutig zu den erfreulichen Ereignissen des abgelaufenen Jahres. Sie wird gut angenommen und scheint eine erfreuliche Entwicklung zu nehmen.

Auch die Entscheidung zur sogenannten "Trialogischen Grundschule" am Standort der Johannisschule möchte ich erwähnen. Der Rat hat entschieden und Sie wissen, dass ich anderer Auffassung gewesen bin.

Als Demokrat respektiere ich die Entscheidung selbstverständlich und hoffe, dass die Erwartungen erfüllt werden, die die Befürworter mit ihrer Entscheidung verbinden. Was mich persönlich letztlich bewogen hat, gegen die Einrichtung dieser Schule zu stimmen, waren nicht vor allem und in erster Linie finanzielle oder strukturelle Bedenken. Vielmehr war dies meine prinzipielle Haltung zur öffentlichen Schulträgerschaft:

So wie ich davon überzeugt bin, dass wir verhindern müssen, dass die leistungsstarken Kinder in Privatschulen ‚emigrieren‘, was zu einer Schwächung unserer öffentlichen Schulen führt, so bin ich davon überzeugt, dass wir das freie Miteinander von Kindern, die einer Religionsgemeinschaft angehören und Kindern, die keiner angehören, in unseren öffentlichen Schulen fördern sollen. Ich meine, dass positive und negative Religionsfreiheit in unseren staatlichen Schulen ihren Platz haben müssen. Und ich meine, dass Separation nicht gerade Integration fördert.

Das öffentliche Schulwesen ist nach meiner festen Überzeugung eine der größten - wenn nicht die größte - Errungenschaft unserer Demokratie und wir sollten alles dafür tun, dieses öffentliche Schulwesen zu pflegen und zu stärken.

Mein sehr geehrten Damen und Herren,
Anfang letzten Jahres konnten wir die fertig gestellte erweiterte Synagoge einweihen.
Die Bereitschaft, bei diesem Projekt mitzuhelfen, war von Beginn an bei allen Beteiligten sehr groß.

Neben der Friedensstadt Osnabrück und dem Land Niedersachsen haben sich auch die Landkreise Osnabrück, Emsland und Grafschaft Bentheim an der Finanzierung des Neubaus beteiligt. So ist ein Gemeinschaftswerk entstanden, das unser aller Freude darüber ausdrücken soll, dass wir wieder gemeinsam miteinander leben können.

Auch diese Entwicklung ist nur durch die welthistorische Zensur möglich gewesen, die vor 20 Jahren ihren entscheidenden Wendepunkt erreichte.

Daher bin ich sehr dankbar für die Initiative des Rates, zum Tag der deutschen Einheit einen Platz im Herzen der Stadt nach diesen Ereignissen zu benennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr erfreulich ist auch die Entwicklung auf den Konversionsflächen.
Das war nicht vorherzusehen, dass wir in so kurzer Zeit schon so weit kommen würden.
Die Ansiedlung von Kaffee-Partner zeigt, wie attraktiv dieser Standort ist.
Ich bin davon überzeugt, dass noch weitere Unternehmen sich von den Vorteilen dieser Flächen überzeugen lassen. Insgesamt darf man sicherlich schon jetzt behaupten, dass die Konversion für Osnabrück eine Erfolgsgeschichte ist, auch wenn diese Geschichte noch nicht zu Ende erzählt ist. Viele haben Anteil an diesem Erfolg, viele profitieren von diesem Erfolg – nicht zuletzt auch die Hochschulen, die von dieser Entwicklung begünstigt werden.

Noch wird ja mehr abgerissen als aufgebaut.

Aber es wird nicht mehr lange dauern, dann ist diese Phase vorbei und wir können dort Neues schaffen: Neben Unternehmen und Behörden einen Wissenschaftspark.
Und eine Wohnbebauung, die die Attraktivität der Stadt insgesamt deutlich erhöhen wird.
So profitieren wir von einer Entwicklung, die auch Osnabrück begünstigt: die Renaissance der Städte. Offensichtlich verschieben sich die Schwerpunkte bei den Überlegungen, wo und wie man leben und wohnen möchte. Die Attraktivität von Großstadtstrukturen wächst. Eine Stadt wie Osnabrück spart messbare Lebenszeit gegenüber dem Leben im Grünen mit den entsprechenden weiten, zeitintensiven und teuren Wegen. Daher habe ich keinen Zweifel daran, dass der Konversionsprozess für die Stadt ein Gewinn ist. Ich glaube, dass

ich schon jetzt sagen darf, dass die Stadt die Chance, die mit dem Abzug der britischen Streitkräfte verbunden ist, beherzt ergriffen und genutzt hat.

Allerdings dürfen wir die Augen nicht vor den Problemen verschließen:

So erfreulich sich auch die gewerbliche Nutzung und der Verkauf der Einfamilienhäuser mit der entsprechenden Aufwertung der Quartiere entwickelt, so schwierig ist die Tendenz bei den Mietwohnungen. Ich halte soziale Verwerfungen mit entsprechenden Rückwirkungen auf den Stadtteil nicht für ausgeschlossen. Ich bin umso besorgter, als wir so gut wie keine Eingriffs- und Einflussmöglichkeiten haben, weil die entsprechenden Miethäuser nicht im städtischen Eigentum sind. Hier müssen wir wachsam sein und im Rahmen unserer Möglichkeiten beizeiten reagieren.

Unabhängig davon zeigt sich aber an vielen anderen Stellen die Attraktivität unserer Stadt:

- So dürfen wir sehr glücklich darüber sein, dass es gelungen ist, die Spedition Koch in Osnabrück zu halten: Das ist gut für die Stadt, gut für die Mitarbeiter und gut für das Unternehmen.
- Die Lotter Straße ist endlich wieder frei gegeben worden, die zähe Zeit der Baustellen ist dort endlich vorbei.

- Der alte Busbahnhof ist abgerissen und das Unternehmen Hagedorn mit seinen Emissionen ist kein Problem mehr, so dass auch hier ein attraktives und innenstadtnahes Wohnquartier entstehen kann.
- Für die Ecke Neumarkt/Kollegienwall wurde ein Investorenwettbewerb ausgeschrieben, von dem wir einen wichtigen Impuls für den ganzen Neumarkt erwarten dürfen
- Auch für das alte Woolworth-Gebäude dürfen wir in diesem Jahr erheblichen Fortschritten rechnen.

Wir sind uns ja alle einig, dass hier dringend etwas passieren muss. Und die Dringlichkeit wurde noch dadurch erhöht, dass L&T seine Fassade an der Großen Straße so attraktiv aufgeputzt hat.

- Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang auch den Neubau der Herman-Nohl-Schule, die nach neusten Energieeffizienz- und Klimaschutzkriterien gebaut worden ist.

- Ich finde, wir können ruhig ein wenig stolz auf die Entscheidung sein, nach diesen Kriterien gebaut zu haben.
- Der Mehrgenerationenspielplatz am Willi-Brandt-Platz ist ein kleines aber attraktives Element, das unsere Stadt lebens- und liebenswerter macht.
- Dazu gehört auch der im Sommer der Öffentlichkeit übergebene Neubau des Haseuferwegs zwischen Schlagvorder Straße und Heinrich-Heine-Straße.

Mitten in der Stadt haben wir durch diesen Bau ein kleines, aber sehr wertvolles Stück Natur zurück gewonnen. In diesem Jahr werden die Bauarbeiten fortgesetzt, so dass man demnächst an der Hase entlang bis zum Neumarkt gelangen kann.

- Und auch der Neubau der Schellenbergbrücke ist erfreulich weit fortgeschritten: Fußgänger und Fahrradfahrer können sie schon wieder passieren. In wenigen Monaten wird sie auch wieder für den Autoverkehr frei gegeben. Fast ein halbes Jahr früher als geplant.

In Zeiten, in denen Kritik an der Tagesordnung und Lob die Ausnahme zu sein scheint, darf das hier ausdrücklich hervorgehoben werden.

- Ebenso erfreulich ist der Verkauf des Güterbahnhofes an private Investoren.

Ich verbinde damit die Hoffnung, dass dieses günstig gelegene Gelände nun so entwickelt werden kann, dass es gewissermaßen wieder Anschluss an den Erfordernissen unserer Zeit findet.

- In diesem Zusammenhang möchte ich auch daran erinnern, dass wir vor einem Jahr den Osnabrücker ServiceBetrieb gegründet haben, in dem nun der ehemalige Abfallwirtschaftsbetrieb, der Eigenbetrieb Grünflächen und Friedehöfe sowie Straßenunterhaltung mit Bauhof in einer Organisation zusammengefasst worden sind.

Ich glaube sagen zu dürfen, dass sich diese Zusammenfassung bewährt und möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die diesen Prozess konstruktiv und kritisch begleitet haben.

Diese Beispiele zeigen, dass in Osnabrück enorm viel in Bewegung ist. Manches ist zäh, manches dauert zu lange.

Trotzdem passiert doch insgesamt sehr viel.

In diesem Zusammenhang möchte ich eines der zähen Themen ansprechen: die Ratsentscheidung, die Planungen für die Entlastungsstraße West zurückzustellen, wurde von mir nicht unterstützt.

Ich bin davon überzeugt, dass wir dieses Thema auch durch eine Zurückstellung der Planungen nicht loswerden.

Es wird immer wieder auf uns zukommen, so dass wir uns damit auseinandersetzen müssen – und zwar so lange, bis wir eine Lösung gefunden haben.

Deshalb werden wir uns in der nächsten Ratsperiode mit der Entlastungsstraße wieder beschäftigen müssen. Und wir werden dann feststellen, dass uns die Zurückstellung der Planung gar nichts gebracht haben wird – wir lediglich Zeit verloren haben werden.

Und dass Volkswagen das Karmann-Werk übernommen hat, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden, meine Damen und Herren.

Ohne diesen Einstieg wäre jetzt nicht nur das Karmann-Schild am Turm im Fledder abmontiert, das ganze Werk wäre eingemottet worden und keiner hätte gewusst, was damit passieren soll.

So freuen wir uns darauf dass die Produktion bald wieder hochfahren wird und weiterhin Autos in Osnabrück gebaut werden. Vor allem werden aber schon in kürzester Zeit etwa 1.800 Arbeitsplätze geschaffen. Dieses hat für die Stadt und die Region eine ganz besondere Bedeutung. Und wir freuen uns darüber, dass viele ehemalige Karmann-Beschäftigte zurückkehren in unsere Region.

Wichtig für jeden Einzelnen von ihnen. Wichtig aber auch für die Region, weil es gut qualifizierte Arbeitskräfte sind, die zurückkommen und damit in Zeiten des demographischen Wandels das hohe Niveau der Arbeit und das Know-how in der Region bewahrt werden kann.

Meine Damen und Herren, gerne würden wir gemeinsam den Haushalt sanieren – durch erhöhte Einnahmen die Ausgaben ausgleichen.

Aber schon kleinere Gebührenerhöhungen im eher schmerzfreien Bereich lassen Journalisten die Boxhandschule anziehen. Am 30. November konnte man in der NOZ Schreckliches lesen:

„Osnabrück schlägt zu!“

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, diese Schlagzeile sollte die Leser wohl ohnmächtig machen, denn der Artikel summierte dann Gebührenerhöhungen, die dem reißerischen Aufmacher nicht wirklich standhalten konnten:

Die Mülltonnenlehrung kostet 3,50 Euro mehr, die Straßenreinigung pro Frontmeter 35 Cent und die Mehrkosten für Abwasser belaufen sich auf zusätzliche 5,60 Euro - alles wohlgermerkt pro Jahr. Bei allem Verständnis für actionmäßige Dramatisierung, muss ich allerdings doch sagen, dass diese Schlagzeile daneben gegangen ist. Zwischen 10 bis 15 Euro jährlich wird jeder Haushalt in Osnabrück durchschnittlich mehr belastet. Das mag zwar auch nicht gerade wenig sein, hat aber mit einer „Kräftigen Gebührenerhöhung“ wirklich nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, dennoch ist auch im vergangenen Jahr wieder sehr deutlich geworden, dass sich die allgemeine Forderung, den Haushalt zu sanieren, mit den konkreten Möglichkeiten und Vorschlägen beisst.

Die Verwaltung hat sich jedenfalls einer umfangreichen Produkt- und Aufgabenkritik unterzogen, die alle Verwaltungsbereiche aufgemischt hat.

Um die unvermeidliche Unübersichtlichkeit zu strukturieren, hat sich die Stadtverwaltung vorher strategische Ziele gesetzt, die ich als Prioritäten verstanden wissen möchte:

So wollen wir unter anderem die Sprachkompetenz von Kindern beim Schuleintritt verbessern, die Ganztagsangebote an Grundschulen ausbauen, im Rahmen des Leitbildes Bildung einen erweiterten Bildungsbegriff definieren, den Wissenschaftspark in Betrieb nehmen, die Steuerung beim Haushaltsaufstellungsverfahren verbessern und die Kundenorientierung der Verwaltung durch weiter intensivierte IT-Nutzung verstärken.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
die Vorschläge liegen auf dem Tisch – nun muss der Rat diskutieren und beschließen. Wir wissen, dass wir keine Spielräume haben, um zumindest das anzupacken, was notwendig ist, um die Substanz zu erhalten.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssten nicht nur mehr bauen und sanieren, wir müssten auch mehr in Bildung und Integration investieren.

Wir wissen das und wir versuchen die Mittel dahin zu lenken, wo sie am dringendsten gebraucht und wo sie am effektivsten eingesetzt werden können.

Als kleine aber sehr wichtige Bausteine sind zu diesem Thema die Bildungsberatung und das Seniorenservicebüro zu nennen, die in ihren jeweiligen Bereichen Aufgaben übernommen haben, die wir in der Vergangenheit nicht übernehmen konnten, weil uns die Ressourcen fehlten.

Trotzdem klafft auch in diesem Bereich eine Lücke, die wir nicht schließen können – einerseits weil die Kommune nicht so ausgestattet ist, dass sie die Befugnisse des Landes übernehmen könnte, andererseits weil uns der desolate Haushalt vieles von dem verbietet, was nötig wäre, und von dem wir überzeugt sind, dass es dazu beitragen könnte, die Lebensumstände in Osnabrück zu verbessern.

Und in diese Situation platzte dann ein Buch, dessen – ich weiß nicht wievielte Auflage – noch immer die Bestsellerlisten anführt. Die Kulisse war bestens geeignet für einen Medienhype der Extraklasse.

„Endlich sagt einer mal die Wahrheit“. Das Motto war schnell gefunden: „Das muss doch noch gesagt werden dürfen“. Der Autor hatte einen echten Aufreger gelandet.

Und wir, die wir die Lebensverhältnisse vor Ort so gestalten wollen, dass Integration und Partizipation gelingt? Wir sehen in dieser Aufregung ziemlich bieder aus, weil wir in den vergangenen Jahren einen grundsätzlichen Konsens erreicht haben, der das Thema aus der öffentlichen Kontroverse entfernt hat:

Wir sind uns doch einig, dass wir grundsätzlich Zuwanderung nicht nur brauchen, sondern auch wollen – einmal abgesehen davon, dass zu Europa die Freizügigkeit gehört, die wir gar nicht antasten dürfen.

Geärgert hat mich an dieser Diskussion das – wie soll ich sagen – blendende Blitzlicht, das viel Licht, aber auch gewaltige Schatten mit der Folge erzeugt, dass man weder im Licht noch in den Schatten etwas erkennen kann.

Die vielschichtige, von Fort- und Rückschritten geprägte Wirklichkeit ist aber viel komplizierter – so kompliziert, dass jeder Recht bekommen kann, der nur am lautstärksten Recht bekommen will.

Und auch die Begriffe „Leitkultur“ und „Multikulti“ haben in diesem Zusammenhang eine bemerkenswerte Renaissance erlebt.

Beide Begriffe taugen aber nicht dazu, die Wirklichkeit adäquat zu beschreiben. Und noch weniger haben sie einen ideologischen Kern, der sie zu Kampfbegriffen machen könnte.

Daher sollten wir uns auch davor hüten, sie als solche zu instrumentalisieren.

Stattdessen sollten wir uns intensiver dem Thema „Kinderarmut“ widmen, um zumindest die Folgen abzumildern, wenn wir schon nicht die Ursachen bekämpfen können.

In der Hysterie dieser Debatte ist dann zum Glück nicht untergegangen, was unter vielen anderen kleinen und großen Mosaiksteinen einen wirklichen Beitrag zur Integration liefert:

Ich meine die Imam-Ausbildung an einigen bundesdeutschen Universitäten, u. a. an der Universität Osnabrück, die ein wichtiges Signal an die in unserem Land lebenden Muslime ist. Das ist ein großer Schritt im Sinne der Toleranz, die für unsere Demokratie von essentieller Bedeutung ist.

Wenn man die Kommunen einfach machen ließe:

Wir haben viel früher angefangen und wir könnten mit dem Prozess der Integration schon viel weiter sein. Wir brauchen keine weitschweifigen Programme und Konzepte.

Was wir brauchen sind Sportvereine, in denen Kinder unterschiedlicher Nationalitäten miteinander spielen und darum ringen, der Beste zu sein. Wir brauchen die Initiativen vor Ort, wo sich Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Wir brauchen mehr

Integrationslotsen. Wir brauchen ganz pragmatische, lebensnahe Modelle, um das Zusammenleben zu vereinfachen. Dafür ist das „UFO Berlin“ nicht der richtige Initiator.

Die Initiativen entstehen vor Ort, müssen vor Ort aufgegriffen und umgesetzt werden.

Integration wird aber nur gelingen, wenn Integration immer auch und vor allem als ein Moment von Bildung verstanden wird.

In dieser Perspektive haben wir es dann nicht mehr mit Menschen mit Migrationshintergrund und solchen, die keinen haben, zu tun.

Nein, wir müssen die Sehschärfe unserer Brillengläser verändern:

Inzwischen müssen wir auch bei viel zu vielen deutschen Kindern Bildungsdefizite feststellen, die wir früher nur bei Kindern feststellen wollten, die ausländischer Herkunft sind.

Wenn diese nicht behoben werden können, werden diese Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit am gesellschaftlichen Leben nur wenig Anteil nehmen können – ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Osnabrück verfügt über eine ausgezeichnete Kulturlandschaft. Und dass wir über attraktive Kulturinstitutionen verfügen, die dem Namen der Friedensstadt Osnabrück einen guten Ruf geben, haben wieder zwei Veranstaltungen im vergangenen Jahr belegt: Der PEN hätte seinen Kongress nicht in Osnabrück durchführen müssen, aber er hat es getan und die Schriftsteller aus ganz Deutschland haben sich hier in dem historischen Ambiente unserer Stadt sehr wohl gefühlt.

Ähnliche Reaktionen hörte man von den Teilnehmern des Internationalen Symposiums „Religionen und Weltfrieden“, das die Deutsche Stiftung Friedensforschung veranstaltet hat. Wir brauchen solche Veranstaltungen in der Stadt, um das Thema Frieden immer wieder auch mit dem Namen unserer Friedensstadt zu verbinden.

Meine Damen und Herren, als eine Sicherung der Strukturen ist auch die Investition in den Anbau des Felix-Nussbaum-Hauses zu verstehen.

Dieser Anbau tut sowohl dem Felix-Nussbaum-Haus als auch dem Kulturgeschichtlichen Museum gut. Es verzahnt durch den neuen gemeinsamen Eingang beide Gebäude noch stärker miteinander. Die Architektur sollten wir genauso wie die Dürer- und die Nussbaum-Sammlung als Impuls für Projekte nutzen, die ihre Spannung durch diese ebenso einmalige wie eigentümliche Konstellation erhalten.

Wir dürfen uns alle gemeinsam jedenfalls schon auf die Wiedereröffnung im April freuen.

Sie kann und soll ein guter Anlass sein, um Felix Nussbaum noch einmal neu zu entdecken, nachdem seine Bilder in Paris so furios angekommen sind, dass nicht nur die französischen sondern auch die deutschen Medien absolut begeistert berichtet haben. Le Monde, Arte, FAZ, Süddeutsche, NDR und NOZ, um nur einige wenige zu nennen, haben die Ausstellung gerühmt.

Auf diese Weise ist Nussbaum in Paris zu einem Botschafter für das nach ihm benannte Haus in Osnabrück geworden.

Wenn wir sein Erbe bewahren wollen, dann müssen wir uns sehr anstrengen, um zukünftig mit kleineren Budgets trotzdem in der Konkurrenz mit den anderen Städten bestehen zu können. Wir müssen mit viel Phantasie, Witz und Esprit Projekte entwickeln, die einerseits für die Kunst des Malers, andererseits für das sich deutlich wandelnde Selbstbewusstsein der Besucher ein Forum der Begegnung schafft.

Ich denke, dass wir uns mit den zurückliegenden Erfahrungen zumindest auf den Weg gemacht haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch noch einmal bei dem Ehepaar Schlenke bedanken, das im vergangenen Jahr ein bedeutendes Konvolut mit Nussbaum-Bildern der Foundation geschenkt hat, die es wiederum dem Museum zur Verfügung gestellt hat. So konnten Lücken in der Präsentation geschlossen werden, die den Wert der Ausstellung deutlich erhöht.

Dass wir die Strukturen stabilisieren und retten wollen, zeigt auch die Wahl des neuen Intendanten am Theater.

Ich freue mich auf die neue Spielzeit mit Dr. Waldschmidt, der den Vertrag im November des vergangenen Jahres unterschrieben hat. Das Theater hat ja einen guten Lauf, wofür ich mich bei Holger Schulze ganz herzlich bedanke. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit Dr. Waldschmidt einen Trainer gefunden haben, der mit einer neuen Mannschaft diesen Lauf mit eigenen Akzenten versehen und verlängern wird.

Ebenfalls sehr erfreulich: Im vergangenen Jahr konnten nach harten, aber fairen Verhandlungen die Verträge für das Landesturnfest 2012 unterschrieben werden. Freuen wir uns also schon jetzt auf das Jahr 2012, wenn die Stadt bevölkert wird von vielen jungen Menschen, die ihr sportliches Können zeigen möchten.

Meine Damen und Herren,

wir beginnen voller Hoffnung ein neues Jahr, müssen aber trotzdem da weiter machen, wo wir vor einigen Tagen aufgehört haben.

Das gilt für den VfL, dem ich an dieser Stelle für die weitere Spielzeit viel Erfolg wünsche. Das gilt aber auch für die Vorbereitungen zum Zensus, der hoffentlich in diesem Jahr für weniger Aufregung sorgen wird als die Volksbefragung in den 80ern.

Was uns aber intensiv beschäftigen wird, sind die weiteren Haushaltsberatungen, die in diesem Jahr der Besonderheit Rechnung tragen müssen, nicht nur dem Jahre 2011, sondern auch dem Jahre 2012 ein finanzielles Korsett einziehen zu müssen.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zum Verhältnis Stadt und Landkreis. Allen Unkenrufen besonders eines Landkreis-Politikers zum Trotz ist dieses Verhältnis aus meiner Sicht ausgesprochen gut und erfolgreich.

Ich will die zahlreichen Beispiele unserer kooperativen Zusammenarbeit hier nicht aufzählen, möchte mich aber an dieser Stelle ganz herzlich besonders bei Herrn Landrat Manfred Hugo für die ausgesprochen angenehme und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken.

Ich tue das ganz besonders auch deshalb, weil Landrat Hugo heute das letzte Mal in seiner Eigenschaft als Landrat unser Gast sein wird und es mir von daher ein besonderes Bedürfnis ist, Dir lieber Manfred, herzlich zu danken und Dir alles Gute zu wünschen. Ich hoffe sehr, dass ich diese gute Zusammenarbeit auch mit Deinem Nachfolger fortsetzen kann, ich jedenfalls bin dazu gerne bereit.

Ich wünsche uns allen noch einmal ein gutes neues Jahr.

Lassen Sie uns da kollegial miteinander umgehen, wo wir nicht Freunde sein können, und lassen Sie uns nicht Gegner, sondern Partner sein, um das Wohl der Stadt Osnabrück nicht aus dem Auge zu verlieren. Und das in besonderer und vorbildlicher Weise in diesem Wahljahr.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und darf Sie jetzt bitten, sich als Zeichen unseres Willens zur Zusammenarbeit zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger die Hände zu reichen.